



(ANREDE)

125 Jahre ist der 1. Mai der „Tag der Arbeit“. Er steht für uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten somit in einer besonderen Tradition und bietet Gelegenheit darüber nachzudenken, was für uns „gute Arbeit“ eigentlich bedeutet:

Ist es gute Arbeit, wenn Menschen in unserem Land in Vollzeit arbeiten und am Ende des Monats dennoch den Weg zum Sozialamt gehen müssen, weil ihr Lohn für ein menschenwürdiges Leben kaum ausreicht?

Ist es gute Arbeit, wenn Menschen, die Jahrzehnte lang in körperlich fordernden Tätigkeiten aktiv waren, im Alter statt eine angemessene Rente zu bekommen in die Grundsicherung abrutschen?

Und ich frage auch: Ist es gute Arbeit, wenn Menschen nicht mehr in ihren Wohnungen bleiben können, weil die Mietkosten über die Maßen ansteigen?

(ANREDE)

Ich bin der Meinung, die Antwort auf diese Frage kann nur lauten: Nein! All das ist keine gute Arbeit! Gute Arbeit bedeutet für uns mehr als nur heute zu wissen, wovon wir morgen unsere Grundbedürfnisse decken.

Gute Arbeit bedeutet für uns einen menschenwürdigen Lohn, von dem man leben und an unserer Gesellschaft teilhaben kann. Deshalb haben wir Sozialdemokratinnen und

Sozialdemokraten jahrelang für den Mindestlohn gekämpft. Im letzten Jahr konnten wir ihn in der Bundesregierung endlich durchsetzen - und das ist nicht zuletzt der Verdienst unserer Bundestagsabgeordneten und Arbeitsministerin Andrea Nahles.

Gute Arbeit bedeutet für uns, dass Menschen, die ein Leben lang gearbeitet haben, eine Rente erhalten, die ihre Lebensleistung angemessen würdigt. Wer etwa als Dachdecker oder Maurermeister jahrzehntelang in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt hat, der hat einen Anspruch auf einen wohlverdienten Lebensabend. Deshalb haben wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren eingeführt. Auch hierfür gilt Andrea Nahles, unser Dank!

(ANREDE)

Ich denke, jeder von uns kennt das Gefühl abends nach einem langen Arbeitstag nach Hause zu kommen und sich in den eigenen vier Wänden zu erholen, Zeit mit der Familie oder den Freunden zu verbringen und den Strapazen eines hektischen Alltags zu entgehen. Wir wollen, dass dieser private Raum auch in Zukunft geschützt bleibt und nicht zunehmenden Mietpreisexplosionen zum Opfer fällt. Deshalb haben wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Mietpreisbremse und die Übernahme der Maklerkosten durch den Besteller eingeführt.

(ANREDE)

Dies sind nur drei Gebiete, auf denen wir in den vergangenen zwei Jahren das Leben vieler Menschen in unserem Land besser machen konnten. Daran wollen wir uns messen lassen - und dies wird auch in Zukunft unser Anspruch als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sein!

WIR, DIE SPD, SIND DIE PARTEI DER ARBEIT.

Aber blicken wir einmal auf den politischen Gegner. Was sehen wir da? In Rheinland-Pfalz treffen wir auf eine Klöckner-CDU, die sich als Fundamentalopposition versteht und der keine Schmutzkampagne zu schade ist, um den politischen Gegner zu diskreditieren.

Was wurde da nicht alles an Gerüchten in die Welt gesetzt? Der Mindestlohn zerstöre Arbeitsplätze und schwäche die Konjunktur. Das **GEGENTEIL** ist der Fall, liebe Genossinnen und Genossen! Die Wirtschaft in Deutschland und in Rheinland-Pfalz brummt und noch vor wenigen Wochen mussten die Konjunkturforscher ihre Prognosen abermals nach oben korrigieren.

Aber kaum ist dieses Scheinargument widerlegt, wird eine neue Sau durchs Dorf getrieben! Auf einmal ist der Mindestlohn ein Bürokratie-Monster, weil nun die Arbeitszeiten dokumentiert und geprüft werden sollen. Ich kenne dieses angebliche Bürokratiemonster aus meinem Büro selbst zu Genüge. Ein Stift und ein Blatt Papier, auf dem die Anfangs- und die Endzeit des Arbeitstages festgehalten werden! Das ist alles! Das ist das angebliche Bürokratiemonster der Klöckner-CDU! Ein zahnloser Tiger, mehr nicht.

Worum geht es? Geht es den Klöckners und den Brüderles in unserem Land wirklich um ein scheinbares Überhandnehmen von Bürokratie? Geht es denen wirklich darum, das Leben der Menschen hier in Rheinland-Pfalz zu verbessern? Ich sage euch: Das Gegenteil ist der Fall! Wer so daherredet, der kündigt die Solidarität mit den zahlreichen, hart arbeitenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auf!

(ANREDE)

Ein solches Verhalten ist unredlich und das ärgert mich - und ich glaube auch viele von euch - zurecht! Es gibt aber eines, was mich wirklich wütend macht! Und auch dieser Punkt hat entscheidend mit unserem Verständnis von gelebter, internationaler Solidarität zu tun: Erinnern uns an die zahlreichen Menschen, die auf der Flucht vor Krieg, Hunger, Not und Vertreibung allein in den vergangenen Wochen im Mittelmeer ertrunken sind. Seit Beginn dieses Jahres forderten Schiffsunglücke im Mittelmeer laut Amnesty International mindestens 1.700 Tote - 1.700 Kinder, Frauen und Männer - 1.700 Schicksale!

Was aber fällt Julia Klöckner angesichts dieser humanitären Katastrophe im Mittelmeer als erstes ein? Sie fordert bei Twitter öffentlichkeitswirksam und ohne Rücksichtnahme auf die tatsächlichen Realitäten in unserem Land erst einmal, Flüchtlinge ohne Asylanspruch wieder in ihre Herkunftsländer abzuschicken! Ich frage euch: Geht es eigentlich noch zynischer?

Wenn wir heute, am 1. Mai, den Traditionen der Arbeiterbewegung gedenken, so ist die Solidarität für uns keine hohle Phrase! Nein! Sie muss praktisch werden gegenüber jenen, die sich nicht mehr aus eigener Kraft helfen können.

Wir wollen keine Abschottung nach außen! Wir wollen keine „Festung Europa“, sondern denen, die aus größter Not zu uns kommen, eine neue Heimat bieten. Das unterscheidet uns nicht zuletzt fundamental von dieser doch so christlichen Klöckner-CDU, die statt auf die menschlichen Schicksale der Geflüchteten lieber auf das Stammtisch-Wählerklientel schießt und rechtspopulistische Parolen drescht.

(ANREDE)

Wer aber Abschottung und Ausgrenzung von Menschen für einen legitimen politischen Weg hält, der bereitet AfD und Konsorten das Feld. Hier kann es für uns nur eine Antwort geben:

NEIN ZU JEDER FORM VON RECHTSPOPULISMUS UND RECHTSEXTREMISMUS!

Es darf und es wird mit uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten keine Toleranz für Intoleranz geben! Unsere eigene Geschichte verpflichtet uns, aufzustehen und all denen entschlossen gegenüberzutreten, die von blindem Hass auf alles, was nicht ihrem ideologischen Weltbild entspricht, getrieben sind.

Einen besonderen Dank möchte ich daher an dieser Stelle unseren Jusos aussprechen. Ihr habt in der vergangenen Woche gerade einmal 24 Stunden nachdem der Döner-Imbiss zweier Genossinnen in Bassenheim zum Gegenstand rechtsextremer Schmierereien wurde, eine bemerkenswerte Solidaritätskundgebung auf die Beine gestellt! Über 170 Menschen kamen so auf Initiative der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten zusammen.

(ANREDE)

Ich finde, das ist ein starkes Zeichen: Wir überlassen alten und neuen Nazis nicht den öffentlichen Raum. Wir stellen uns ihnen in den Weg, weil wir gelernt haben wie wichtig diese Demokratie und der Schutz gesellschaftlicher Minderheiten für uns alle ist!

Und wir verwehren uns auch dagegen, wenn heute in vielen deutschen Städten die Nazis ihre Aufmärsche planen und wiederholt versuchen, den 1. Mai, den Tag der Arbeiterinnen und Arbeiter, für sich zu vereinnahmen. Dies alles tun wir geschlossen, denn es ist unsere Solidarität, die uns stark macht und die es uns erlaubt gemeinsam für unsere Sache zu kämpfen!

Lasst uns das auch in Zukunft tun!

Glück auf!